

G-1-286

Antragsteller*innen: Michael Merkel u.a.

Gegenstand: G-1 Grünes NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit!
(GRÜNES NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit)

Änderungsantrag G-1-286

1 Den ganzen Teil:

2 **Gerechtigkeit braucht eine gerechte Steuerpolitik**

3 ersetzen durch:

4 **Gerechtigkeit braucht eine gerechte Steuerpolitik und leistungsfähige**
5 **Länder und Kommunen.**

6 Für uns GRÜNE ist die Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit eine gerechte
7 Steuer- und Finanzpolitik. Bund, Länder und Kommunen brauchen Geld, um in Gerech-
8 tigkeit und Bildung zu investieren und die notwendigen öffentlichen und sozialen Leistun-
9 gen zu erbringen. Den Schulden der öffentlichen Hand stehen derzeit gigantische private
10 Vermögen gegenüber. Alleine die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölke-
11 rung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. Zu große Un-
12 gleichheit schadet allen und untergräbt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
13 Sozialer Zusammenhalt ist jedoch der beste Nährboden einer lebendigen Demokratie. Die
14 gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden aber kaum oder
15 gar nicht besteuert.

16 Die Bundesländer tragen große Verantwortung für die Zukunftsherausforderungen bei Bil-
17 dung, Betreuung und Erziehung – Themen, die uns Grünen besonders am Herzen liegen
18 und bei denen jetzt entscheidende Weichen für die Zukunft unseres Gemeinwesens ge-
19 stellt werden. Außerdem müssen die Bundesländer bei weiteren Zukunftsaufgaben, wie
20 den sozialpolitischen Herausforderungen, einer modernen und nachhaltigen Infrastruktur,
21 der Energiewende sowie dem Kampf gegen die Klimakrise mit anpacken. Eine finanzia-
22 le Stärkung dieser Zukunftsbereiche wird eine gesellschaftliche Rendite erbringen, die
23 den Mitteleinsatz deutlich übersteigt. Umgekehrt wird der fortgesetzte Verfall der öffentli-
24 chen Infrastruktur kommenden Generationen immense Kosten aufbürden. Die Länder und

25 Kommunen müssen daher gerade aus Gründen der Generationengerechtigkeit in die Lage
26 versetzt werden, verstärkt in die Zukunft zu investieren und dauerhaft die Schuldenbremse
27 einhalten zu können.

28 Leider sind durch unzureichendes gesetzgeberisches Handeln von Bund und Ländern sowie
29 durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zwei wichtige Landessteuern unter
30 massiven Druck geraten. Nachdem im Jahr 1995 die Vermögensteuer in der bis dahin gel-
31 tenden Fassung vom Bundesverfassungsgericht beanstandet wurde, hat das höchste deut-
32 sche Gericht im vergangenen Dezember die Erbschaftsteuer bereits zum zweiten Mal für
33 verfassungswidrig erklärt, da die Verschonungsregeln bei Betriebsvermögen dem Gleich-
34 behandlungsgrundsatz widersprechen.

35 Aus Reihen der Wirtschaft wurde aus Angst vor einer höheren Belastung daher auch schon
36 die Abschaffung der Erbschaftsteuer gefordert. Damit würde ihr ein ähnliches Schicksal
37 drohen wie der Vermögensteuer, die aufgrund unterlassener Novellierung nach dem Urteil
38 nicht mehr erhoben wird. Beide Steuern sind jedoch elementar für die Finanzierung der
39 Bundesländer.

40 Das Land ist hier in einer doppelten Bredouille.

41 Zum Einen sind diese Steuern teilweise von der demographischen Entwicklung abhängig
42 und unterliegen unvorhersehbaren Bewertungsschwankungen.

43 Um anderen hat der Bund hier den entscheidenden Gestaltungsspielraum ohne am Auf-
44 kommen interessiert zu sein. Dies sieht man nicht zuletzt an der umstandslosen Abschaf-
45 fung der Vermögenssteuer.

46 Wir fordern deshalb einen diese Einnahmen, inklusive der weggefallenen aus der Ver-
47 mögenssteuer durch einen entsprechenden Anteil an Umsatz- Einkommens- und Körper-
48 schaftsteuer zu ersetzen.

49 Dafür treten wir der Bundesregierung das Erhebungsrecht für die Erbschafts- und Ver-
50 mögenssteuer ab. Ihre Erhebung werden wir gerne gegen Kostenerstattung für den Bund
51 durchführen!

52 Mit den dadurch erzielten höheren Einnahmen können die Länder sowohl notwendige In-
53 vestitionen in gute Bildung und Ausbildung, öffentliche und digitale Infrastruktur und
54 den sozialen Zusammenhalt tätigen, als auch die Schuldenbremse einhalten. Diese Inves-
55 titionen sind nicht nur für eine moderne und gerechte Gesellschaft wichtig, sondern sind
56 auch die Grundlage für eine leistungsfähige, nachhaltige Volkswirtschaft und erfolgreiches
57 unternehmerisches Handeln.

58 Auf Landesebene können wir einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten,
59 indem wir Steuerflucht effektiv bekämpfen und uns nicht am Überbietungswettbewerb
60 der Länder in Sachen Duldung von Steuerhinterziehung und -flucht durch mangelhaft
61 ausgestattete Finanzbehörden beteiligen. Aus diesem Grund setzt die Landesregierung
62 auch mit unserer Unterstützung auf den Ankauf von Steuer-CDs, um Steuerhinterziehung
63 effektiv auszutrocknen sowie auf die Arbeit neu eingestellter Betriebsprüfer*innen.

64 Außerdem muß die Leistungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden. Es kann nicht
65 sein, daß Kommunen in konjunkturell schwierigen Zeiten und im Strukturwandel, gleich-
66 zeitig geringere Einnahmen aus der Gewerbesteuer bekommen und schnell anwachsende
67 höhere Sozialtransfers aufbringen müssen.

68 Für die grundgesetzlich garantierte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ist der Bund
69 verantwortlich.

70 Deshalb fordern wir, dass der Bund die Sozialtransfers und alle Kosten für die Flücht-
71 lingeingliederung und -versorgung übernimmt.

72 Die in der Vergangenheit durch die Strukturprobleme zusätzlich entstandene Schuldenlast
73 soll der Bund zu einem angemessenen Teil ablösen.

Begründung

Durch die Ersetzung wird der Schwerpunkt der Steuerteils auf die Stärkung der finanziellen Ausstattung des Landes und der Kommunen gelegt.

Der Vorschlag setzt auf eine Einnahmestruktur für die Haushalte der verschiedenen Ebenen, die weniger demographie- und konjunkturabhängig ist und die Willkür des Bundes bei der Gestaltung des dem Land zustehenden Steueraufkommens mindert.

Antragsteller*innen

Michael Merkel, KV Bochum

Sebastian Pewny, KV Bochum

Reiner Daams, KV Solingen

Gabriele C. Klug, KV Köln

Dr. Richard Ralfs, KV Rhein-Sieg